



Arbeitnehmerparteien und Gewerkschaften in Japan : Historische Analyse im Vergleich zu Deutschland

Kondo, Masaki

(Citation)

国際文化学研究 : 神戸大学大学院国際文化学研究科紀要, 48:49*-76*

(Issue Date)

2017-07

(Resource Type)

departmental bulletin paper

(Version)

Version of Record

(JaLCD0I)

<https://doi.org/10.24546/81009886>

(URL)

<https://hdl.handle.net/20.500.14094/81009886>



Arbeitnehmerparteien und Gewerkschaften in Japan Historische Analyse im Vergleich zu Deutschland

Masaki Kondo

I Einleitung

Arbeitnehmerparteien und Gewerkschaften gehören zu den wichtigsten Forschungsthemen der Vergleichenden Politikwissenschaft, bzw. der Vergleichenden Politischen Ökonomie. Ohne eine Beschäftigung mit diesen Themen wäre die Entwicklung der Theorien zu Parteiensystemen, Korporatismus und Sozialstaat kaum denkbar gewesen. Die Studien konzentrierten sich meist auf den Sitzanteil im Parlament, den Machtkonzentrationsgrad und die ideologische Stellung der Parteien und Gewerkschaften. Darauf aufbauend entstanden Typologien des Parteiensystems oder des Korporatismus, es wurde auch deren Einfluss auf den Sozialstaat geklärt. Üblicherweise fokussierten sich die Studien jedoch nur auf Europa und die nordamerikanischen Länder¹. Japan war und ist von vielen Studien ausgeschlossen oder wurde nur gering beachtet².

In diesem Aufsatz werden japanische Arbeitnehmerparteien und Gewerkschaften analysiert. Dazu gibt es nur wenig Literatur, aus dem Bereich der Vergleichenden Politischen Ökonomie z.B. von T. Shinkawa, I. Kume, und M.Estevez-Abe. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf der Sozialdemokratischen

1 Einflussreich waren die Studien von Esping-Andersen (Cf. Esping-Andersen 1990) .

2 In einigen wenigen Studien, wie z.B: Korporatismusforschung von Cameron (1984) , findet auch Japan Erwähnung.

Partei Japans oder auf den Gewerkschaften im Zusammenhang mit Sozialpolitik bis Anfang der 2000er Jahre (Vgl. Kume 1998, Shinkawa 2007, Estevez-Abe 2008). Daneben findet sich Literatur über die Sozialistische Partei Japans (SPJ) und die Gewerkschaft Sohyo³, allerdings handelt es sich dabei in fast allen Fällen um historische Analysen ohne vergleichenden Blickwinkel, wodurch sich die Besonderheiten der japanischen Arbeitnehmerparteien und Gewerkschaften nicht klar erkennen lassen. In diesem Aufsatz werden die japanischen Arbeitnehmerparteien und Gewerkschaften im Vergleich zu denen in Deutschland analysiert. Zwischen beiden Ländern zeigen sich strukturelle und organisatorische Gemeinsamkeiten, und doch sind die Organisationen in Deutschland mit mehrmaligen Wahlerfolgen, Regierungsbildungen, weitreichenden Reformen und Errungenschaften bei den Tarifverhandlungen als erfolgreicher zu bewerten.

Die Frage hier lautet also: Wo liegen die Eigenschaften der japanischen Gewerkschaften und Arbeitnehmerparteien im Vergleich zu denen in Deutschland? Die Analyse beginnt mit 1945 und endet mit 2016.

II Hintergrund der Fragestellung

Obwohl Japan schon seit mehr als 20 Jahren lang in einer Wirtschaftskrise steckt, gilt es weltweit noch als drittgrößte Wirtschaftsmacht. Dabei gibt es in Japan jedoch auch viele große Probleme am Arbeitsmarkt, z.B. gibt es noch immer Fälle von „Karoshi“, was „Tod durch Überarbeitung“ bedeutet, und mittlerweile als Fremdwort auch im Ausland benutzt wird. Aus offiziellen Statistiken lassen sich die Fälle von „Karoshi“ nicht herauslesen, weil

3 Diese Veröffentlichungen sind hauptsächlich in japanischer Sprache.

Überarbeitung in Japan meistens nicht registriert wird. Kommt es zu gerichtlichen Klagen im Zusammenhang mit „Karoshi“, werden diese jedoch oft von den japanischen Medien aufgegriffen, so vor kürzerer Zeit der Fall einer Angestellten der größten japanischen Werbeagentur Denzu, die in einem Monat 105 Überstunden hatte und im Oktober 2015 Selbstmord beging (Mainichi Zeitung 8.10.2015). Ein Jahr davor, im Oktober 2014, hat ein Lehrer in der Präfektur Fukui Selbstmord begangen. Er verzeichnete in drei Monaten jeweils 120-160 Überstunden (Mainichi Zeitung 6.9.2014). Zur heutigen Situation der Überarbeitung, gibt es zu allen Industriebereichen verschiedene Studien (Vgl. z.B. Fujimoto 1996; Kawato 2010; 2014).

Verglichen mit den anderen Ländern ist die Selbstmordrate in Japan sehr hoch. 2012 betrug sie 23,1 pro 100.000 Einwohner, und war damit viel höher als in Deutschland und auch höher als der von der WHO angegebene Durchschnitt⁴. Betroffen sind meistens Menschen mittleren Alters, also der Gruppe, die am meisten von Überstundenarbeit betroffen ist. Eine derart hohe Selbstmordrate der Menschen mittleren Alters ist im Ausland nicht oft zu beobachten (Iida 2012).

Ein weiterer Problempunkt ist die sogenannte atypische Arbeit, nämlich Leiharbeit oder befristete Arbeit. Diese wird immer üblicher, vor allem nach der Erklärung „Japanische Betriebsstrategie in der neuen Ära“ (1996) des Keidanrens (Arbeitgeberverband Japans) und der Leiharbeitsgesetzesänderung der Koizumi Regierung⁵. 40,5% aller Arbeit fällt heute unter die Kategorie atypische Arbeit (Koseirodosho 2015a), wiederum sind vor allem jüngere

4 2012 war die Suizidrate in Deutschland 13.
(<http://apps.who.int/gho/data/node.main.MHSUICIDE?lang=en>).

5 Durch eine Gesetzesänderung durch die Regierung Koizumi 2003 ist Leiharbeit in Metallindustrie erlaubt.

Menschen betroffen.

Fast 30% der jüngeren Menschen (25-34 Jahre alt), die in atypischer Arbeit tätig sind, sind unzufrieden damit und wünschten sich eigentlich einen fixen Arbeitsplatz (Koseirodoshō 2015b). Wirtschaftliche Ungleichheit breitet sich aus. Der Gini-Coefficient ist mit 0,34 im Jahr 2012 höher als der OECD Durchschnitt (0,32) und höher als in Deutschland (0,29). Auch Armut verbreitet sich. Die relative Armutsrate ist mit 16%, viel höher als in Deutschland (9%).

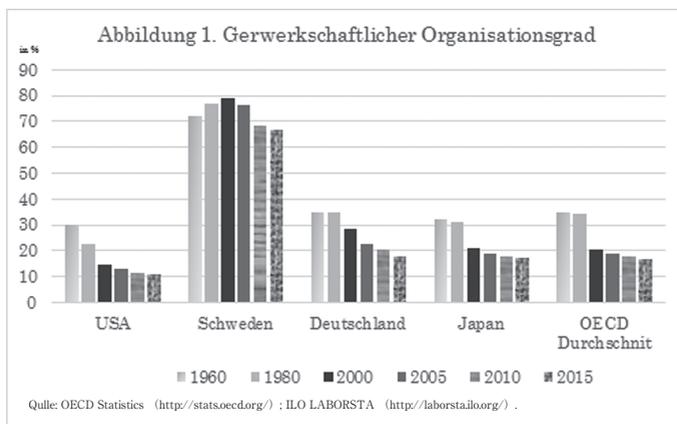
Aber wiederum gibt es in Japan nur begrenzte und bedingte Sozialhilfe, über 80% der Menschen unter der Armutsgrenze sind davon ausgeschlossen (Bito/Yoshinaga 2011). Aufgrund des knappen Lebenssicherungsprogramms wird sich Armut noch weiter verbreiten.

Die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien richten sich vor allem auf diese Probleme am Arbeitsmarkt. Die Lehre der Politischen Ökonomie, vor allem die Power Resource Theory, hat geklärt, dass umso stärker Gewerkschaft und sozialdemokratische Parteien werden, desto stärker entwickelt sich auch der Sozialstaat (Esping-Andersen 1990). Dadurch werden wiederum wirtschaftliche Ungleichheit und Armut reduziert und Arbeitsbedingungen verbessert.

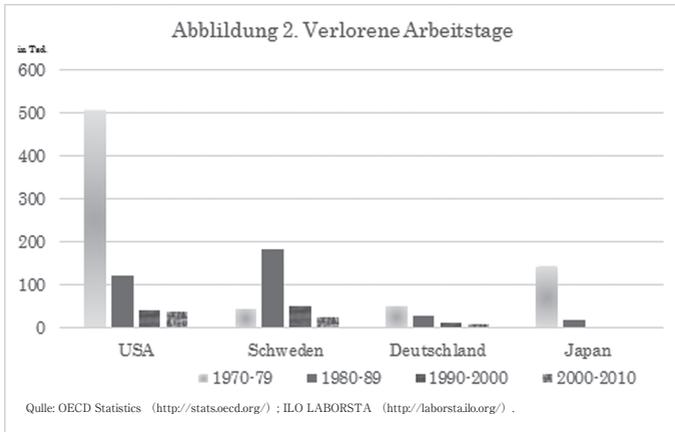
III Vergleich in Daten

Abbildung 1 zeigt den gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Dieser Organisationsgrad ist von Bedeutung, weil er als Maßstab für die Stärke der Gewerkschaft zu verstehen ist. Wie hier zu sehen, ist der Organisationsgrad in Deutschland und Japan sehr ähnlich. Im internationalen Vergleich liegen die

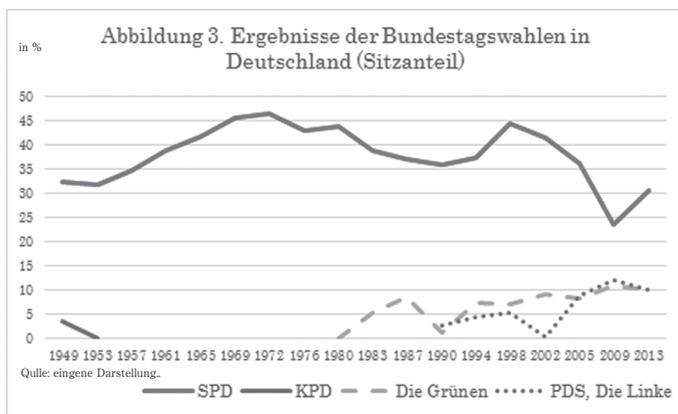
Länder damit etwa in der Mitte. Also z.B. nicht so hoch wie in Schweden, wo die Gewerkschaften innerhalb der OECD Länder am stärksten sind, aber höher als in den USA, wo die Arbeitnehmerbewegung nur sehr schwach ist.



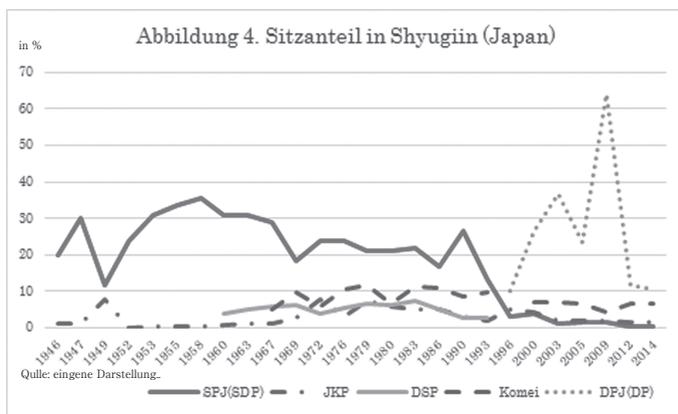
In Abbildung 2 werden die verlorenen Arbeitstage durch Streik und Aussperrung aufgezeigt (siehe Abbildung 2) . Man kann herauslesen, dass in Japan und Deutschland die Sozialpartner nicht sehr arbeitskampforientiert sind. In vergleichenden Studien zur politischen Ökonomie wird oft festgestellt, dass die Gewerkschaften in diesen beiden Ländern arbeitgeberfreundlich seien, obwohl die Kampffähigkeit bei deutschen Gewerkschaften gar nicht so niedrig wäre.



In Abbildung 3 sieht man die Ergebnisse der Bundestagswahlen in Deutschland, mit Blickwinkel auf die Sitzanteile der Parteien im Linkslager, nämlich der SPD, der KPD und der Grünen. Der Sitzanteil einer Partei wird oft als Maßstab für deren Stärke benutzt. Der Sitzanteil der SPD ist bis in die 70er Jahre von 32% bis auf 47% gestiegen, dann ist er kontinuierlich gefallen, auf 36% im Jahr 1990. Danach ist er wieder auf über 45% gestiegen, später aber wieder zurückgegangen. Bei der letzten Wahl 2013 war der Sitzanteil 31%. Kleinere Parteien im Linkslager, z.B. die KPD haben ihre Sitze schon 1953 verloren. Im Gegenteil dazu werden Die Grünen und Die Linke immer stärker. Bei der letzten Bundestagswahl haben beide Parteien jeweils 8% gewonnen.

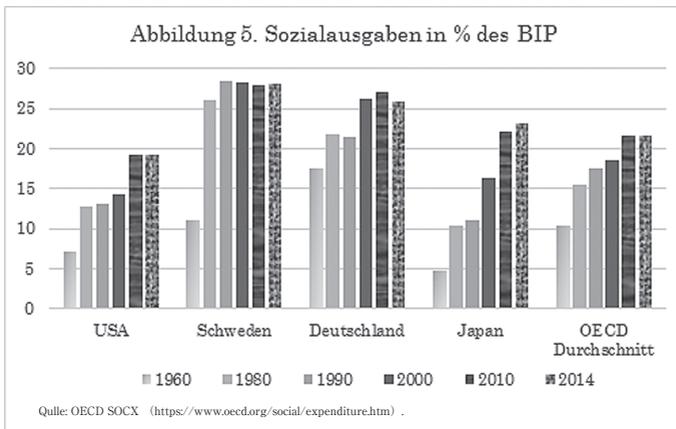


In Abbildung 4 kann man die Sitzverteilung im Unterhaus in Japan sehen. Dabei werden ebenso die Parteien im Linkslager aufgezeigt. Die Sozialistische Partei Japans SPJ, die Japanische Kommunistische Partei JKP, die Demokratisch-Sozialistische Partei DSP, die Buddhistische Partei Komei, und die zweitgrößte Partei im heutigen japanischen Parteiensystem, die Demokratische Partei Japans DPJ.

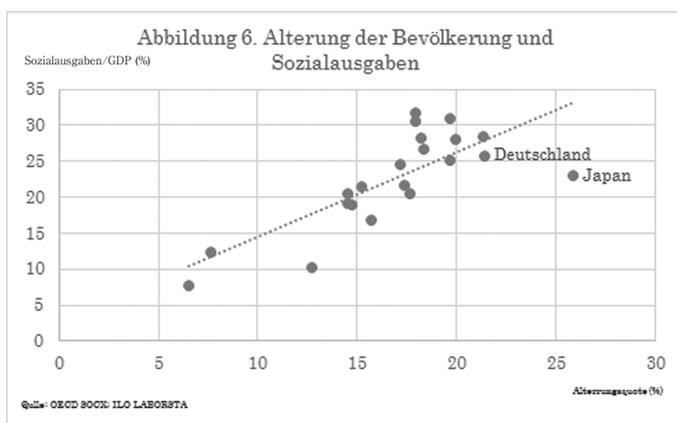


Die SPJ war nie so stark wie die SPD. Der Höhepunkt des Sitzanteils war 1958 mit 35%, relativ niedrig im Vergleich zur SPD. Danach ist er weiter zurückgegangen, bis auf 3% im Jahr 1996. Die Kommunistische Partei hat im Gegenteil zu Deutschland in Japan besser überlebt. Nach der Wahl 2013 war JKP mit 1.7% sogar über der SPJ. DSP und Komei sind nicht so schwach, sie sind schon in den 1960er Jahren aufgestiegen, wo im Gegenteil dazu in Deutschland die Grünen in den 1980er Jahren ihren Aufschwung genommen haben. Nach dem Untergang der SPJ, war die stärkste Partei im Linkslager die DPJ. Mit der Unterhauswahl 2009 ist die DPJ mit einem Sitzanteil von 64% die Regierung angetreten. Danach hat die DPJ jedoch mehrmals bittere Niederlagen erfahren. Zur Zeit beträgt ihr Sitzanteil nur 10.6% und damit liegt sie weit unter der LDP. In Deutschland gab es keinen Wechsel der stärksten Partei im Linkslager.

Abbildung 5 zeigt die Sozialausgabenquote. Die Sozialausgabenquote war in Japan bis in die 80er Jahre niedrig, ab den 90er Jahren ist sie rasch gestiegen. Trotzdem ist sie noch immer geringer als in Deutschland.



In der nächsten Abbildung sieht man auf der X Achse die Alterung der Bevölkerung und auf der Y Achse die Sozialausgabenquote (siehe Abbildung 6) . Man kann herauslesen, dass Japan bei Sozialausgaben noch zurückhaltend ist, obwohl die Überalterung der Bevölkerung ein fortschreitendes Problem darstellt.



Quantitativ gesehen, sind die Gewerkschaften in beiden Ländern ähnlich, die Arbeitnehmerparteien aber eher unterschiedlich. Und um zu klären, wie es zu den Unterschieden am Arbeitsmarkt und in der Sozialpolitik kommt, muss man neben den Zahlen auch die Qualität der Gewerkschaften wie der Arbeitnehmerparteien in die Betrachtung mit einbeziehen.

IV Gründungsphase: Vom Kriegsende bis zum Ende der 60er Jahre

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg teile ich in drei Phasen, deren erste man als „Gründungsphase“ bezeichnen kann. Während dieser Zeit wurden die Organisationen und Organe der Arbeitnehmervertretung aufgebaut. Diese Phase reichte bis zum Ende der 60er Jahre. Die zweite Phase ist die des Rückgangs der japanischen Gewerkschaften und Arbeitnehmerparteien. Sie

beginnt in den 70er Jahren und endet Mitte der 90er Jahre. Die dritte Phase kann man als Transformationsphase bezeichnen. Sie beginnt in den späten 90er Jahren und dauert bis in die Gegenwart. In dieser dritten Phase beobachtet man verschiedene Transformationen auf Verbandsebene wie auch innerhalb des Parteiensystems.

Wie oben bereits erwähnt, war die stärkste Partei im japanischen Linkslager die Sozialistische Partei Japans SPJ. Diese Partei hatte jedoch zwei innerparteiliche Fraktionen, die in heftigen Konfrontationen zueinander standen. Eine davon, die sogenannte Linksfraktion, wurde von Hiroo Wada geleitet, der in den Kriegszeiten in der marxistischen Antifaschismusbewegung tätig war. Diese Linksfraktion wollte die SPJ als Klassenpartei prägen, sie wandte sich gegen Sozialdemokratie und Sozialstaat und wollte eine vereinte Front mit den Kommunisten. Auch hat sie "Gokenheiwashugi" als politischen Kurs aufgestellt. Dieser Kurs richtet sich auf die Bewahrung der Verfassung mit der dort festgelegten Ablehnung von Krieg und Bewaffnung. Gokenheiwashugi, ist ein sehr wichtiger Aspekt für die Verständigung der Linksparteien und Gewerkschaften untereinander.

Nach dem Kriegsende wurden in Japan weder die Monopolzerlegung noch das Austreiben des Faschismus komplett durchgeführt. Angesichts des Anfangs des kalten Kriegs und der Instabilisierung in Ostasien, insbesondere durch den Koreakrieg und die Gründung der Volksrepublik China, hat die US Besatzungsmacht ihre Strategien geändert. Die USA wollten so bald wie möglich eine stabile, US-freundliche Regierung in Japan aufbauen, wodurch die Nachkriegsreformen nicht ausreichend vorangetrieben wurden. Viele Politiker im Linkslager wie auch die Gewerkschaften befürchteten, dass dadurch die Gefahr einer neuerlichen Kriegsbeteiligung nicht hinreichend beseitigt worden

war. Diese Ansicht wurde auch von vielen Wählern übernommen, weswegen es 1960 zu einer großen Protestbewegung gegen den Abschluss des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags kam (Otake 1988) .

Gokenheiwashugi beinhaltet drei Punkte: 1) Die Blockierung einer möglichen Verfassungsänderung, vor allem einer Änderung des Artikels 9, der den Verzicht auf Wiederbewaffnung und Verzicht auf kriegerische Handlungen beinhaltet. 2) Die Abschaffung der Selbstverteidigungskräfte. 3) Die Abschaffung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags.

Die Rechtsfraktion der SPJ hingegen hatte sich keine Klassenpartei sondern eine Art Volkspartei zum Parteiziel gesetzt. Sie hat Sozialstaat und Sozialdemokratie in den Vordergrund gestellt und gab sich antikommunistisch. Grundsätzlich verhielt sich diese Fraktion ablehnend gegenüber dem oben erwähnten politischen Kurs, der die Bewahrung der Verfassung und somit die Ablehnung von Krieg und Bewaffnung forderte, sie hielt ihre Positionen jedoch teilweise im Unklaren.

1955 war das Gründungsjahr der SPJ. Damals waren die linken Parteien stärker als die rechten. Die Sitzzahlverteilung im Unterhaus war Links 89 zu 67 Rechts.

In den 60er Jahren war eine Dominanz der Linksfraktion innerhalb der SPJ zu erkennen. Das kann auch aus einer Deklaration aus dem Jahr 1964 ersehen werden. Thema der Deklaration war “Der Weg zum Sozialismus in Japan “ und hier wird es besonders auf einen Satz daraus aufmerksam gemacht: „Ideen und Programme des Sozialstaates nutzen dem Überleben des Kapitals durch die nur partielle Verbesserung des Lebensniveaus von Bürgern, und wenden damit den Blick vom Sozialismus ab” (SPJ 1964) . Es zeigt sich hier also deutlich, dass der Sozialstaat negativ bewertet wurde und eine Neigung hin zum Sozialismus

bestand.

Bei einer Revision des Programms im Jahr 1966 hat die Partei ausdrücklich die Abschaffung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags gefordert. Dazu kamen die „Einräumung der Klassenherrschaft“ und „baldiger Aufbau einer sozialistischen Regierung“. Hier wird wiederum klar, dass die SPJ zu einem von der Sozialdemokratie entfernten Sozialismus tendierte (Shinkawa 2007).

Hinzu kam, dass die SPJ nur langfristige Ziele, wie Klassenherrschaft und Aufbau einer sozialistischen Regierung verfolgte, jedoch keine Strategien vorlegte, wie Sozialismus realisiert werden könnte. Man kann durchaus sagen, dass die SPJ sehr von Idealen geprägt war und zur Protestpartei neigte.

Wenden wir nun den Blick auf die kleineren Parteien im Linkslager: Eine Eigenschaft des japanischen Linkslagers ist dessen frühzeitige Spaltung. Diese geschah schon in den 60er Jahren.

Die Komei Partei, sie wurde 1964 gegründet, hatte einen Sitzanteil von 5 bis 10% in den 60er Jahren. Diese Partei wurde und wird von der buddhistischen Organisation Sokagakai unterstützt. Weil Komei daher eine religiöse Partei ist, ist es nicht leicht, ihren Charakter zu bestimmen. Liest man ihre Parteigründungserklärung, so findet man jedoch sozialdemokratische Ideen, wie die Erweiterung der Sozialpolitik, neben der graduellen Abschaffung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags sowie Richtlinien zur Bewahrung der Verfassung insbesondere des Artikels 9 (Yakushiji 2016).

Die drittstärkste Partei im Linkslager war die Demokratisch-Sozialistische Partei. Sie war von der Rechtsfraktion der SPJ gegründet worden und widerspricht jeglichem Totalitarismus, sei es von links oder rechts. Sie wendet sich gegen Revolution und Klassenherrschaft. Somit differenziert sie sich von

der SPJ. Anders als die SPJ hat die DSP auch den Aufbau eines Sozialstaates befürwortet (DSP 1962) .

Die Kommunistische Partei JKP war schwach und hatte nur einen Sitzanteil von 1 bis 3%. Am Anfang der Nachkriegszeit stand sie unter starkem Einfluss durch die Sowjet Union. Charakteristisch für ihre Politik waren z.B. die Forderung nach Abschaffung des Kaisertums und die Forderung nach einer zweistufigen Revolution. Ihre Politik war teilweise ähnlich der der SPJ, so z.B. in der Frage der Bewahrung der Verfassung mit dem Anti-Kriegs Paragraphen (JKP 1961) .

Doch nicht nur die Parteien im linken Lager, auch die Gewerkschaften waren gespalten. Bei den Erläuterungen beschränke ich mich hier auf die größten, Sohyo und Zenro.

Sohyo hatte 1952 2.9 Mill. Mitglieder. Die Mitgliederzahl ist in der Folge rapid gestiegen. 1970 sogar bis auf 4.2 Mill.. Sohyo hat die SPJ unterstützt, weil beide grundsätzlich gleichartige Richtlinien vertraten, also auch die Bewahrung der Verfassung und den Aufbau einer sozialistischen Regierung. Sohyo war kampffähig und streikorientiert und hat sich für eine Konzentration der Macht bei der Industriegewerkschaft eingesetzt (Shinkawa 2007) .

Zenro war ebenso einflussreich. Mit 0.8 Mill. Mitgliedern war es die zweitstärkste Gewerkschaft. 1965 stieg die Mitgliederzahl auf eine Million. Im Gegenteil zu Sohyo, war Zenro arbeitgeberfreundlich mit sehr schwacher Orientierung auf Streiks. Zenro hat auch auf Betriebsgewerkschaften großes Gewicht gelegt, was von Arbeitgeberverband und LDP hoch bewertet wurde.

Weil ihre Richtlinien somit gänzlich unterschiedlich waren, kam es oft zu Spannungen zwischen Sohyo und Zenro.

Werfen wir diesbezüglich nun einen Blick auf Deutschland. Es wird oft

gesagt, dass die SPD mit dem Godesberger Programm sozialdemokratisiert worden war (Lösche/Walter 1992) . Der Satz „Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig“ wurde sehr bekannt (SPD 1959) . Damit schlug die SPD den Weg zur Volkspartei ein. Auch bei Wiederbewaffnung oder Sicherheitsproblemen kam es zu Einigungen der SPD mit CDU/CSU. So kann im Fall der SPD nicht von einer Protestpartei gesprochen werden, also anders als bei der SPJ. Und so konnte sich die SPD auch einen Regierungswechsel als Parteiziel setzen. Der DGB zeigt auch Unterschiede zu Sohyo. Er war keine eigentlich sozialistische Arbeitnehmerbewegung. Von Anfang an war der DGB sehr aktiv bei den Tarifverhandlungen und verfolgte damit die Absicht, die Lage der Arbeitnehmer zu verbessern (Schroeder 2013) .

V Die Rückgangsphase ab den 70er Jahren bis in die Mitte der 90er Jahre

In dieser zweiten Phase geraten die Parteien und Gewerkschaften in Japan allmählich in die Defensive. Die Regierungspartei LDP, also die Liberal Demokratische Partei, ist zum Angriff übergegangen. So hat Premierminister Tanaka verlautbart: „1973 ist das Anfangsjahr der Sozialpolitik in Japan.“ Er hat die Rentenexpansion und Ausdehnung der Krankenversicherung vorangetrieben. Diese Ausweitung der Sozialpolitik hat der LDP gedient, sie konnte damit unter den Arbeitnehmern Wähler gewinnen. Tanaka hat auch den Agrarzuschuss ausgedehnt, um die Stimmen der Bauern einzuholen, sowie in den Ausbau der Infrastruktur in ländlichen Gebieten investiert, um die Stimmen der Bauindustriearbeiter zu gewinnen (Miyamoto 2008) . So wurde charakteristisch für Japan, dass die LDP anstatt der SPJ in der Sozialpolitik führend wurde, jedoch nicht durch Entwicklung der Institutionen, sondern eher durch Zuschüsse und Investitionen, durch die die LDP effektiv neue Stimmen

erringen konnte, vor allem auch unter Bauern, Selbständigen und Beschäftigten in ländlichen Gebieten.

Premierminister Nakasone ging noch aggressiver vor als sein Vorgänger. Er intendierte, durch Privatisierung die Gewerkschaft zu zerstören. Tatsächlich hat er die Privatisierung der meisten staatlichen Dienste, z.B. der Bahn, des Telefons und des Luftverkehrs vorangetrieben und wollte dadurch einen Rückgang der Gewerkschaften erzielen. Die Gewerkschaften, z.B. Sohyo, haben mit Streiks reagiert, mussten den Arbeitskampf jedoch fast ohne jeglichen Erfolg beenden. So sind die Gewerkschaften zurückgegangen. Deren organisatorische Basis hat sich mit der SPJ verschmolzen (Otake 1994) .

Wenden wir nun den Blick auf die Strategien des Kapitals: Der größte Arbeitgeberverband in Japan "Keidanren" hat vor allem zwei Strategien verfolgt. 1) Keidanren ist stark gegen die arbeitskampforientierte Arbeitnehmerbewegung vorgegangen und hat mit harter Aussperrung gegen Streiks reagiert. In den 70er Jahren kam es mehrmals zu Arbeitskämpfen, fast alle wichtigen davon hat der Arbeitgeberverband für sich entschieden. 2) Der Arbeitgeberverband förderte Betriebsgewerkschaften, die in der Regel arbeitgeberfreundlich sind, weil Betriebsgewerkschaften eher am Gewinn der Betriebe interessiert sind, als an weitreichenderen Arbeiterinteressen, nach dem Argument, dass die Arbeitnehmer durch Gewinn der Betriebe direkt mitprofitieren können. Um dies zu erzielen, haben sich die Betriebe mit dem Ausbau der Sozialpolitik innerhalb der Betriebe beschäftigt, z.B. durch Arbeitsplatzsicherung, Ausweitung der Betriebsrente, Erweiterung der vielfältigen finanziellen Zuschläge (Shinkawa 2005) . Diese Politik des Arbeitgeberverbandes wurde von Toshio Doko geleitet, der sich bei der Nakasone Regierung um die Kürzung der staatlichen Sozialpolitik bemühte.

Die Gewerkschaft Sohyo hat in den 70er Jahren mehrmals Arbeitskämpfe verloren, Tarifverhandlungen endeten fast ohne Erfolge: Z.B. 1975 beim Bahnstreik. Gleichzeitig ist die 70er und 80er Jahre hindurch ein Rückgang bei den Mitgliederzahlen zu beobachten. 1989 hat Sohyo mit mehreren kleineren Gewerkschaften fusioniert, die nicht nur arbeitgeberfreundlich waren sondern ihre Schwerpunkte auch auf Betriebsgewerkschaften setzten. Dies führte zur Gründung der neuen Gewerkschaft Rengo. Als Ergebnis davon ist auf Verbandsebene die kampforientierte Gewerkschaft praktisch verschwunden, und somit auch jene Gewerkschaft, die für Klassenherrschaft und die Bewahrung der Verfassung mit dem Anti-Kriegsparagraphen eintrat.

Auf Parteiebene hat es ebenfalls große Änderungen gegeben. Vor allem der Kurswechsel und der Niedergang der SPJ. Der Sitzanteil der SPJ war stark zurückgegangen, 1986 sogar auf unter 20%. Vor diesem Hintergrund hat sich die SPJ mit einer Neuen Erklärung 1986 für einen großen Kurswechsel entschieden: Verzicht auf Klassenherrschaft sowie Verzicht auf Aufbau einer sozialistischen Regierung (SPJ 1986) . Die SPJ hat sich vom Sozialismus distanziert.

Die Bewahrung der Verfassung mit dem Antikriegsparagraphen als Ziel wurde damit jedoch nicht aufgehoben, im Gegenteil wurde dieses Ziel unter der neuen Parteichefin Takako Doi sogar noch stärker in der Partei verankert (Yamaguchi und Ishikawa 2003) . Damals war es sehr selten, dass eine Frau Parteichefin wird und auch indem die SPJ gegen die Einführung der Mehrwertsteuer auftrat, konnte sie in der Unterhauswahl 1990 wieder Aufschwung nehmen.

Dann kamen jedoch wieder schwierige Zeiten. Die SPJ hat in der Folge zweimal bei den Unterhauswahlen massiv verloren, der Sitzanteil ist 1996 auf 3% gesunken. Dabei wirkte offensichtlich auch negativ, dass die SPJ zwei Jahre

lang mit der LDP koalitiert hatte. Damals hat die SPJ einen neuerlichen großen Kurswechsel vorgenommen und befürwortete nun eine Revision der Verfassung (Shinkawa 2007). Der damalige Premierminister Murayama von der SPJ hat sich im Parlament dahingehend geäußert, dass die Partei den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag beibehalten wolle, und dafür auch minimale Selbstverteidigungskräfte. Auch der Minister für Bürokatireform Yamahana, ebenfalls aus der SPJ, vertrat die Ansicht, dass Selbstverteidigungskräfte für Japan nötig seien. Als die SPJ an der Regierung war, hat sie somit ohne eine neue Parteierklärung die wichtigsten Punkte ihres Programms geändert. Ihre ursprüngliche Politik schien ihr nicht mehr realistisch, vor allem die Abschaffung der Selbstverteidigungskräfte. Damit hat sie jedoch selbstverständlich großes Misstrauen in ihrer Wählerschaft erzeugt, was zu ihrem plötzlichen Niedergang führte.

Wenden wir nun nochmals den Blick auf Deutschland. Die SPD wie auch die Gewerkschaften standen in dieser Phase ebenso vor organisatorischen Problemen. Sie hielten sich jedoch stabiler als die SPJ und Sohyo. Man kann sagen, dass die SPD im Gegensatz zur SPJ zur Volkspartei geworden war. Als sie an die Regierung kam, hat sie aufbauend auf sozialdemokratischen Ideen weitreichende Reformen durchgeführt, so z.B. bei der neuen Ostpolitik, der Rentenexpansion und der Gleichstellung der Frau in Ehe- und Familienrecht.

Andererseits sind auch die deutschen Gewerkschaften weiterhin mächtig geblieben. Durch die Regierungsbeteiligung der SPD konnte mittels Korporatismus auf politische Entscheidungen verstärkt Einfluss genommen werden. Die Gewerkschaften setzten sich für sozialpolitische Expansion ein, besonders für die Rentenreform (Schmidt 2005).

Zusammenfassend kann man sagen, dass die SPD als eine Volkspartei mit

dem Ziel Sozialdemokratie agierte, und es, wenn auch nicht vollständig, in verschiedenen Bereichen geschafft hat, sozialdemokratische Reformen voranzutreiben. Die SPD hat somit Regierungsfähigkeit gezeigt, im Gegensatz zur SPJ, die mit ihrer Neigung zur Protestpartei meist nur Außenseiter im Politikgestaltungsprozess blieb.

VI Transformationsphase: Ab den späten 90er Jahren bis 2016

In der dritten Phase, also ab den späten 90er Jahren, wurde die DPJ anstatt der SPJ zur stärksten Partei im linken Lager. Die DPJ wird hauptsächlich von der Gewerkschaft Rengo unterstützt. Ihr Sitzanteil war 1996 nur 10%, er ist dann aber sehr rasch gestiegen, 2006 bis auf 27%.

Die DPJ wurde 1996 von Politikern aus SPJ, Sakigake Partei und der Neuen Partei Japans gegründet. Die Sakigake Partei und die Neue Partei Japans hatten einen Teil ihrer Wurzeln in der LDP. Allerdings hatten in der Anfangsphase ex-SPJ Politiker die meiste Macht in der DPJ.

Wenn man die Grundsätze der DPJ aus dem Jahr 1996 liest, erkennt man das Selbstverständnis der Partei. z.B. als eine „Partei der Bürger“ . Sie tritt „gegen Kapitalismus und Sozialismus“ ein und möchte eine „Gesellschaftsreform durch Selbstständigkeit und Mitwirkung der Bürger“ (DPJ 1996) . Daraus kann man jedoch nicht klar erkennen, ob die DPJ prinzipiell als sozialdemokratisch bezeichnet werden kann oder nicht.

1998 fusionierte die DPJ mit der DSP und der Liberalen Partei. Das bedeutete eine Eingliederung von ex-DSP und auch ex-LDP Politikern in die DPJ. Durch den Einfluss der ex-LDP Politiker hat sich der Charakter der DPJ verändert. Sie hatte ihren Schwerpunkt von nun an nicht mehr auf den Aspekt „Partei der Bürger“ gelegt, sondern konzentrierte sich auf Marktmechanismen

und einen Regierungswechsel (DPJ 1998) . 2006 erstellte sie eine neue Parole, nämlich „Zu allererst die Verbesserung der Lebensqualität “, womit sich eine Orientierung hin zu Sozialpolitikreformen anzeigte. Durch den mehrmaligen Kurswechsel wurde jedoch nicht klar, wo die eigentlichen Kernideen dieser Partei liegen.

Die DPJ hat bei der Unterhauswahl 2009 einen Triumph errungen, ihr Sitzanteil ist von 42% auf 64% gesprungen. Dadurch hat sich eine DPJ Regierung gebildet. Jedoch konnten nur 30% des Wahlprogramms verwirklicht werden (Nikkei Zeitung 26.10.2012) . So ist die DPJ bei der Problematik des Umzugs der amerikanischen Armybase in Okinawa gescheitert, eine Minimalgarantie für Renten konnte nicht erreicht werden, das Bildungsgeld wurde nur provisorisch erhöht, die Kindergartenreform wurde nicht realisiert etc. Die Wähler bekamen zunehmend Misstrauen in diese Partei.

Die DPJ Regierung hatte innerhalb von drei Jahren drei Premierminister und drei verschiedene politische Kurse. Vieles wurde vorgeschlagen, blieb jedoch ohne Konsequenz. Dahinter konnte man harte Machtkämpfe, vor allem zwischen ex-LDP und ex-SPJ Politikern, beobachten (Yakushiji 2012) .

Und in dieser Zeit gab es viele Ereignisse, mit denen die DPJ nicht gut umgehen konnte, die Nuklearkatastrophe in Fukushima, die Eskalation des Streites mit China um die Senkaku-Inseln und der Fortgang von Deflation und Depression. So hat die DPJ schließlich ihre Unterstützung bei den Wählern verloren.

Fehler an der Regierung und die mehrmaligen Kurswechsel spalteten die Partei. Es entstanden daraus drei neue Parteien, nämlich die Restaurationspartei, die Neoliberale Partei und die Bürger Partei.

Bei den Wahlen hat die DPJ große Niederlagen erlitten. Der Sitzanteil im

Unterhaus ist durch zwei Wahlen massiv zurückgegangen, von 230 auf 77 Sitze. In der Oberhauswahl 2016 hat sich die Sitzzahl von 64 auf 49 Sitze verringert.

Danach fusionierte die DPJ mit der Restaurationspartei und der Neoliberalen Partei, es entstand die Demokratische Partei DP. In ihrem 2016 veröffentlichten Programm finden sich folgende Punkte: „Verfassung bewahren“ , „Beitrag zum Frieden in Fernost durch die Verstärkung der Selbstverteidigungskräfte“ „auf der Basis des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags“ . Die Partei zeigt ein Selbstverständnis als „Partei der Steuerzahler, Konsumenten und Arbeiter“ , sie sucht den „Kampf gegen Nutznießer der Wirtschaftsregulierung“ (DP 2016) . Die Bewahrung der Verfassung ist ein Teil des erwähnten Gokenheiwashugi. Aber gleichzeitig stellt sich die DP höchst positiv zum Erhalt der Selbstverteidigungskräfte wie auch den Sicherheitsvertrag. Sozialpolitische Ziele werden nicht offen sichtbar, ein Hang zur Deregulierung des Wirtschaftssystems lässt sich jedoch herauslesen.

Insgesamt ist immer noch nicht deutlich, welche Stellungen und Ideen die DP einnimmt, und auch nicht, ob die DP wirklich eine sozialdemokratische Partei ist, und das trotzdem sie von der Gewerkschaft Rengo unterstützt wird. Aus dem Programm von 2016 ergibt sich, dass die DP keine konsequente Politik verfolgt und damit nur als zweite Allerweltpartei neben der LDP zu stehen kommt.

Die Gewerkschaft Rengo hat die DPJ Regierung von Anfang an unterstützt, aber fast keinen Erfolg errungen. Angesichts des Fortgangs der wirtschaftlichen Ungleichheit hat Rengo gefordert, atypische Arbeit, besonders Leiharbeit einzuschränken. Aber die DPJ Regierung hat das Leiharbeitsgesetz nur wenig geändert. Auch die Leiharbeit in der Metallindustrie blieb weiterhin zugelassen. Ausweitungen der Arbeitslosenversicherung konnten nicht vollständig

verwirklicht werden.

Die Kampffähigkeit bei Rengo hat sich verringert, auch der Protestwille. Rengo konnte und wollte keinen Streik gegen die Privatisierung des Postdienstes unter der Regierung Koizumi durchführen und hat gegen die Verringerung der Einkommen und die Vergrößerung der wirtschaftlichen Ungleichheit kaum protestiert. Nach der Fusion von Sohyo und anderen Gewerkschaften, hatte sich die Gewerkschaft allmählich verändert, sowohl Fähigkeit als auch Wille zum Protest gegen die LDP gingen verloren. Stattdessen gewannen die Betriebsgewerkschaften an Macht. Die Mitgliederzahl verringerte sich, von 8 Millionen 1989 zu 6.6 Millionen 2015⁷. Vor diesem Hintergrund hat Rengo den Einfluss auf Politik und Tarifverhandlungen verloren.

Hier wiederum Deutschland zum Vergleich: Die SPD ging mit den Grünen in Koalition. Bei der Politik unter der Regierung Schröder war schwierig zu bewerten, ob die Politik von Rot-Grün ein dritter Weg war, wie etwa bei New Labour in England, oder einfach nur neoliberalistisch. Aber wenn man sieht, was die Regierung Schröder geleistet hat, so sieht man doch wichtige Entscheidungen, so z.B. den Atomausstieg, die Ökosteuer Gesetze, den Ausbau der Kinderbetreuungsanstalten, das Lebenspartnerschaftsgesetz u.s.w.. In dieser Phase waren auch SPD und DGB wie in Japan die SPJ und die japanischen Gewerkschaften in Defensive. Parteimitgliederzahl und Organisationsgrad sind zurückgegangen. Die Wählerschaft hatte sich geändert. Die Arbeitnehmer machten keinen so großen Teil der Wählerschaft mehr aus.

7 Sohyo Datenquelle: Koseirodosho Roshikankeisogochosa
(<http://www.mhlw.go.jp/toukei/list/13-23.html>) .

Somit wird es immer unklarer, ob man die SPD überhaupt noch als Arbeitnehmerpartei bezeichnen kann.

Trotzdem die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften in der dritten Phase in der Defensive waren und Änderungen durchmachten, konnte die SPD eine Politik vorantreiben, die sie von CDU/CSU differenzierte. Gleichzeitig hat die SPD mehr oder weniger neoliberale Ideen aufgenommen und somit der alten sozialdemokratischen Politik gegenüber einen Kurswechsel durchgeführt.

VII Zusammenfassung: Eigenschaften der japanischen Arbeitnehmerparteien und Gewerkschaften im Vergleich zu denen in Deutschland

Wo liegen nun die Eigenschaften der japanischen Gewerkschaften und der Parteien der Arbeitnehmer, im Vergleich mit denen in Deutschland?

Zuerst sollte hier nochmals festgehalten werden, dass die SPJ, also die größte Partei im Linkslager bis Mitte der 90er Jahre, nicht zur Volkspartei drängte, sondern zur Klassenpartei. Die SPJ wollte eine Klassenherrschaft und den Aufbau einer sozialistischen Regierung erzielen, so dass man sagen kann, dass die SPJ Sozialismus anstatt Sozialdemokratie zum Ziel gewählt hatte. Das begründet auch, warum die SPJ nur wenig Interesse an Sozialpolitik zeigte.

Und, wie oben erwähnt, kann auch die frühzeitige Spaltung der Parteien im Linkslager, bereits in den 60er Jahren, als eine Besonderheit auf japanischer Seite betrachtet werden. Daraus ergab sich eine Machtdiffusion des Lagers, und diese schädigte auch den kollektiven Einfluss der Arbeitnehmer.

Es muss stets beachtet werden, dass im japanischen Linkslager der für dieses Lager charakteristische politische Kurs stark auf die Bewahrung der Verfassung mit deren Antikriegsparagraphen hin ausgerichtet war. Dies wurde

zum Kern ihrer Politik und so fand, im Gegensatz zu Deutschland, Sozialpolitik kaum Beachtung. Das gleiche kann man auch von der Gewerkschaft sagen, speziell von Sohyo, das sich neben der Bewahrung der Verfassung den Aufbau von Sozialismus zum Ziel setzte und somit dem Sozialstaatgedanken negativ gegenüberstand.

Die Situation in Deutschland war somit ganz anders als die in Japan. Die SPD hat den Weg zur Volkspartei eingeschlagen, dabei war die Strategie der Sozialdemokratisierung sinnvoll, weil aus sozialdemokratischer Politik Themen hervortreten, die die meisten Bürger, also auch die meisten Wähler, betrafen. So konnten sie den Weg zu einer regierungsfähigen Volkspartei einschlagen. In Fragen der Verfassung, Bewaffnung und Sicherheitspolitik lässt sich grundsätzlich Einigkeit mit CDU/CSU erkennen.

Während nun in Japan SPJ und Sohyo gegen LDP und Arbeitgeberverband ankämpften, war in Deutschland die SPD an der Macht und konnte ihre sozialdemokratische Politik vorantreiben. Sie hat den Sozialstaat erweitert und konsolidiert, und den Wählern ihre Reformfähigkeit gezeigt. In den 70er Jahren hatte sie mit mehreren Wahlsiegen ihren Höhepunkt. Im Gegensatz dazu litten SPJ und Sohyo bereits in den 70er Jahren an organisatorischem Rückgang.

Zwar kamen die SPJ und später auch die DPJ an die Macht, aber weil sie bis in die 80er Jahre organisatorisch bereits ziemlich geschrumpft waren, mussten sie mit vielfältigen Parteien und Politikern kooperieren. So hat die SPJ sogar mit der LDP eine Koalition gebildet, und ist plötzlich auch vom Kurs zur Bewahrung der Verfassung abgekommen. Die DPJ hatte 2009 zwar eine sozialpolitische Expansion im Wahlprogramm, konnte davon jedoch kaum etwas verabschieden. Grund dafür waren vor allem auch innerparteiliche Reibungen zwischen ex-SPJ Politikern und ex-LDP Politikern. Sie kamen zusammen um

mit der DPJ einen Regierungswechsel zu erzielen, jedoch ohne politische Einigung.

Daneben hat der Arbeitgeberverband die Erweiterung der Betriebsgewerkschaften gefördert. Er konnte somit auf die Entwicklung der Sozialpolitik in einzelnen Betrieben Einfluss nehmen, und den Einfluss der Industriegewerkschaft verringern⁸. So erlebten zuerst die SPJ, danach auch die DPJ und somit auch die Gewerkschaft Rengo einen Niedergang.

In einer dritten Phase kann man organisatorischen Rückgang der Gewerkschaften und Arbeitnehmerparteien auch in Deutschland beobachten, doch hatten sie an der Regierung bereits mehrere Reformen durchführen können. In Japan war dies nicht so. In Japan hat es bislang keine sozialdemokratische Regierung gegeben. Zur Zeit hat die DP nur 10% der Sitze inne, die Gewerkschaft Rengo verliert immer weiter an Mitgliedern, sodass die LDP derzeit keine Rivalen im Parteiensystem hat und auch der Arbeitgeberverband von der Gewerkschaft überhaupt nichts mehr zu befürchten hat. Somit steht der LDP beinahe alles zur Hand, um ihren Kurs der wirtschaftlichen Deregulierung, der Vermehrung der befristeten Arbeit fortzusetzen, sowie auch sozialpolitische Kürzungen voranzutreiben.

8 Und es ist auch charakteristisch für Japan, dass die LDP die Sozialpolitik geleitet hat, und nicht die Arbeitnehmerparteien. Die LDP hat dafür Zuschüsse und Investitionen benutzt und nicht den Ausbau oder die Konsolidierung des Sozialstaates, weil dies den LDP Politikern größere Stimmenzuwächse versprach. Diese Politik basiert nicht auf Sozialrecht, sondern auf einer quasi-Sozialpolitik, weswegen sich der japanische Sozialstaat nur langsam entwickelt hat.

Literaturhinweise

- Bito, H./Yoshinaga, J. (2011) *Seikatsuhogokaikaku (Reform der Sozialhilfe)*, Akebi.
- Cameron, D. (1984) "Social Democracy, Corporatism, Labour Quiescence, and the Representation of Economic Interest in Advanced Capitalist Society", in: J.H. Goldthorpe (hrsg.) *Oder and Conflict in Contemporary Capitalism*, Oxford University Press.
- DSP (1962) *Parteiprogramm der DSP*.
- DPJ (1996) *Parteiprogramm der DPJ*.
- (1998) *Parteiprogramm der DPJ*.
- DP (2016) *Parteiprogramm der DP*.
- Esping-Andersen, G. (1990) *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton University Press.
- Estevez-Abe, M. (2008) *Welfare and Capitalism in Postwar Japan: Party, Bureaucracy, and Business*, Cambridge University Press.
- Fujimoto, T. (1996) *Dokumento Jisatsu Karoshi Saiban (Dokumentation: Ein Fall von Karoshi)*, Daiamondo.
- Iida, Y./Amemiya, K. (2012) *Datsuhinkon no Keizaigaku (Ökonomie gegen Armut)*, Chikuma Verlag.
- JKP (1946) *Parteiprogramm 1946*.
- (1961) *Parteierklärung 1961*.
- Kawato, H. (2010) *Karoshi Jjisatsutaikoku Nippon (Japan als eine der führenden Nationen im Selbstmord als Folge von Überarbeitung)*, Amu Verlag.
- (2014) *Karoujitsatsu (Selbstmord als Folge von Überarbeitung)*, Iwanami Verlag.
- Kondo, M. (2009) *Gendai Doitsu Fukushima no Seijikeizaigaku (Die politische Ökonomie des deutschen Sozialstaates)*, Minerva Verlag.
- (2015) Sozialpolitische Entscheidungen in Deutschland und Japan: Die Sozialstaatsreformen der Regierungen Schröder und Koizumi, *Journal of Intercultural Studies* Nr.43, S.1-20.
- Koseirodosho (2015a) *Shugyokeitaichosa (Untersuchung zur Beschäftigung)*.
- Koseirodosho (2015b) *Koseirodohakusho (Weißbuch Soziale Sicherheit)*.
- Kume, I. (1998) *Nihongata Roshikankei no Seiko (Erfolg der japanischen Arbeitsbeziehung)*, Yuhikaku.
- Lösche, P./Walter, F. (1992) *Die SPD: Klassenpartei-Volkspartei-Quotenpartei*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Miyamoto, T. (2008) *Fukushiseiji (Wohlfahrtsstaatliche Politik in Japan)*, Yuhikaku.
- Otake, Hideo (1988) *Saigunbi to Nashonarizumu (Wiederbewaffnung und Nationalismus in Japan)*, Chuokoronsha.
- (1994) *Jiyushugitekikaikaku no Jidai (Die Ära der liberalen Reformen in Japan)*, Chuokoronsha.

- Schmidt, M.G. (2005) *Sozialpolitik in Deutschland*, VS Verlag.
- Schroeder, Wolfgang (hrsg.) (2013) *Handbuch Gewerkschaften in Deutschland*, Springer VS.
- Shinkawa, T. (2005) *Nihongata Fukushirejimu no Hatten to Henyo (Entwicklung und Transformation des Sozialstaates in Japan)*, Minerva Verlag.
- (2007) *Genshi no nakano Shakaiminshushugi (Weit entfernt von der Sozialdemokratie)*, Horitsubunkasha.
- SPD (1959) *Godesberger Programm*.
- SPJ (1964) *Nihon ni okeru Shakaishugi heno Michi (Der Weg zum Sozialismus in Japan)*.
- (1986) *Nihonsyakaito no Shinsengen (Parteiprogramm: Neue Erklärung der SPJ)*.
- Yakushiji, K. (2012) *Shogen Minshutoseiken (Aussagen von DPJ-Abgeordneten)*, Kodansha.
- (2016) *Komeito (Komei Partei)*, Chuokoronsha.
- Yamaguchi, J./Ishikawa, M. (2003) *Sengoseijishi (Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg in Japan)*, Iwanami Verlag.

Arbeitnehmerparteien und Gewerkschaften in Japan Historische Analyse im Vergleich zu Deutschland

Masaki Kondo

要旨

Wo liegen die Eigenschaften der japanischen Gewerkschaften und Arbeitnehmerparteien im Vergleich zu denen in Deutschland? Anhand vergleichender Analysen lassen sich für die Zeit ab dem Zweiten Weltkrieg (1945-2016) sechs Punkte hervorheben, nämlich: 1) Die größte Arbeitnehmerpartei Japans, die Sozialistische Partei (SPJ), definierte sich anders als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die bereits 1959 ihr Godesberger Programm verabschiedet hat, als Klassenpartei und nicht als Volkspartei und setzte sich Sozialismus und nicht Sozialdemokratie zum Parteiziel. 2) Die SPJ trat gegen die Wiederbewaffnung auf und versuchte dahingehende Verfassungsänderungen zu blockieren. Bei der SPD ist ein solcher Kurs nicht zu beobachten, diese hat der Wiederbewaffnung unter der Regierung Adenauer sogar zugestimmt. 3) Bei der SPJ und Gewerkschaften wie Sohyo findet sich wenig Interesse am Ausbau des Sozialstaates, ein solcher wird negativ bewertet. Die SPD und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) haben sich hingegen aktiv für Konsolidierung des Sozialstaates engagiert. 4) Das japanische Linkslager hat sich schon in den 60er Jahren gespalten, es war frühzeitig eine Machtdiffusion innerhalb des Lagers zu beobachten. In Deutschland ist eine Spaltung des Lagers erst in den 80er Jahren zu beobachten, wodurch die Grünen auf Bundesebene zulegen konnten. 5) In Japan dominierten

arbeitgeberfreundliche Betriebsgewerkschaften über streikorientierte Industriegewerkschaften vor allem nach den 70er Jahren. In Deutschland hingegen waren die Industriegewerkschaften eindeutig mächtiger. 6) Es lassen sich viele Fehler und Misserfolge der SPJ und der Demokratischen Partei Japans (DPJ) erkennen, besonders bei der Kooperation mit konservativ-orientierten Politikern sowie im Machtkampf zwischen links und konservativ, sei es innerhalb der eigenen Partei, sei es in der Koalition. Im Gegenteil dazu, war die SPD seit Ende der 60er Jahre mehrmals an der Macht und hat dabei nicht nur Regierungsfähigkeit gezeigt, sondern durch Ostpolitik, Arbeitsmarktreform und Sozialstaatsausbau auch politische Wenden vorangetrieben.

Keywords : Sozialdemokratie, Parteiensystem, Sozialpolitik, Gewerkschaft

キーワード : 社会民主主義、政党システム、社会政策、労働組合